

Bezugs-Preis

In der Hauptgeschäftsstelle oder deren Filialen abholbar: vierstelliglich A 8.—, bei preußischer polizeilicher Zustellung im Lande A 8.75. Durch die Post bezogen für Deutschland und Österreich vierstelliglich A 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreis.

Redaktion und Expedition:

Johannisthal 8.
Borsigstraße 153 und 222.

Filialen und Ausgaben:

Wittenberg 10., Frankfurter, Unterföhringstr. 5,
2. Königl. Postamt, Postamtstr. 14, 4. Königl. Pl.

Haupt-Filiale Dresden:

Werderstraße 84.

Haupt-Filiale Berlin:

Groß-Damer, Herzl-Vorl. Hofbuchhandlung,
Alpenstraße 10.
Borsigstraße 10. Nr. VI Nr. 4508.

Nr. 309.

Politische Tageschau.

* Leipzig, 20. Juni.

Im Dienste der Realität.

Unter den zahllosen Betrachtungen über das Wahlergebnis, welche die Presse führt, verdient besondere Beachtung ein unter der vorstehenden Überschrift veröffentlichter Artikel der „Röde-Ztg.“, der im wesentlichen folgendermaßen lautet:

„Die Sozialdemokratie umgibt noch immer jubelnd die Bandesleute ihres Wehrbezugs und überzeugt in ihrer Herzzeit, dass sie für den Ultraliberalsmus gelten hat und dem Zentrum die Ehre in die wohlgelassenen Schenken schafft. Der ganze Sommer der Jubelnde im deutschen Reichstage schreit sich so sehr, dass mir keine regierungsfähige Linke haben. Wäre die Linke politisch gerecht genug, Verantwortungen zu übernehmen und sich Staatsnotwendigkeiten nicht zu verlegen, so könnte man es dem Zentrum ruhig überlassen, ob es sich an den positiven Arbeit beteiligen oder im Schmuckmobil verheiraten will. Da jedoch auf der Linken eine Rechtsbetonung herrscht, so kommt nun auch bei den Fragen, die das Bedürfnis der Tagewählung hervorruft, es das Zentrum. Das Zentrum geht zunächst nicht Ja und nicht Nein, sondern macht eine hohe Hand und wartet ab, ob etwas eintrifft. Der Sieg der sozialdemokratischen Waffen bedeutet, dass wir wiederum auf fünf Jahre mit einem Reichstag zu rechnen haben, der durch seine unglaubliche Zusammenziehung das Zentrum in die bevorzugte Lage versetzt, bei jeder nötigen Abstimmung einen Kautypus zu verlangen. Die Entwicklung auf die Volkszählung ist klar. Der Reichstag, der das Schauspielen seiner Worte nach einer freien Volkszählung erfüllen sollte, flügt von seinem hohen Platz hinzu in den Staub. Erstmaligt zieht manche Realität, die sich aus den Hoffnungen, um den sozialen Glauben an den gefundenen Menschenreich und der Volksgemeinde zuvertrauen haben, aus dem politischen Leben aus. Gleichzeitig greift in den Kreisen der Bildung eine Fülle, aber sehr Echtheit um sich gegen jede Regierung, die sowohl gegen als auf Seiten der politischen Freiheit dem Zentrum Zusätzliche zu machen. Das Negativ wird nun immer schwächer. Ein Gewittersturm deutscher Volksentzündung würde jede offene und aalte freilebige Münzrichtung verwürgen. Wer schwere und seit unzählbar ist es, gegen die Behandlung anzutreten, die ja fast und gleichzeitig auf Distanzneben einsichtigt. Dabei ist es vornehm ausgeschlossen, dass Zentrum in seinem Machtbereich empfindlich zu treffen. Wenn die Männer, die hinter den Zentumsjahren verborgen, liegen ziemlich abseits von dem Strom der Mutter und werden von dem Wehenschlag des Volksbewegung nicht berührt. Gibt man allerdings größere Sichtlinien ins Auge, so tritt der Erfahrungssatz in Kraft, dass eine Weltanschauung, die verlassen von der Weisheit der Deutschen, langsam zum Vergessen hinabfließt, allgemein auch unter den Männern ihre Anhänger verliert. Doch das ist eine Lüge, die in vielen Augen hängt. Gewiß ist, dass die Sozialdemokratie bald daran hat, wenn wir in eine Welt hineingehen, in der uns sich vor Herrschaftsverhalten befreien müssen. Bei der Sozialdemokratie steht man so Männer wie Bebel und Böllmer, oder auch an die große Scher der Bürgerarbeiter, Budler, Deßlauer, welche berufen sind, die

geselligen, politischen und wirtschaftlichen Interessen gewissermaßen zu vertreten, obwohl diese persönlich vielleicht ganz entweder Gesetze zu haben über den nächsten Raum hinwegziehen. Und dabei sind gerade viele lebende Genossen in vornehmen Schulmeisterschaften enttarnt, die uns Kinder der modernen Zeit gar seltsam und fremdartig anmuten. Wel alledem hat die Sozialdemokratie sich gemacht und sie wird sich weiter machen. Sie wird manche bestreite Straße in die Ecke weichen, sie wird in der Agitation manches von der amüsierenden Rechten und Rechteten abstreifen, die sich noch abholzen werden. Aber sie wird eine einzelne Klassenpartei bleiben, die in Schaffhausen zu den Prinzipien des Ultraliberalismus setzt und mit ihren Scheufallen vor allem die Arbeiterschaften weiß, dass der Arbeit auf Arbeit und Arbeit und Arbeit mit dem Wohl und Weil des deutschen Reichstages und der deutschen Volksgemeinschaft versteht ist. So wird dann auf lange Jahre hinunter die Sozialdemokratie die machtvollste Schubkarre der Realität sein.“

Die führenden Geister des Zentrums wissen das gut genug, und wenn die „Röde-Ztg.“, die die Sozialwahlen die Wahlparole „gegen die Sozialdemokratie“ aufzagen lässt und der „Vow von Böhmen“ Wahlenthaltung im Kampf zwischen Nationalliberalen und Zentrum in Baden empfiehlt, so gefiebert dies nicht wegen des § 2 des Reichstagsgesetzes, sondern aus der Einsicht heraus, dass die Sozialdemokratie die machtvollste Schubkarre der Realität ist. Und trotz allem und allem gibt es „freiwillige“ Wähler, die kein besseres Mittel zur Bekämpfung der Realität zu kennen vorgaben, als Förderung der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen!

Die Militär-Page.

„Gegen den Militarismus“ — das ist bekanntlich eine von der Sozialdemokratie besonders gern und eifrig verwandte Kampfansage. In Stelle des stehenden Heeres soll die Miliz treten. Und Herr Bebel ist ebenfalls der „berühmte“ Miliz-Miador, der für seine Idee mit Wort und Schrift unermüdlich eintritt. Was kann ruhig sagen: für „seine“ Idee. Tatsache ist nämlich, dass vorwiegend sozialdemokratische Hörer von der absoluten Unmöglichkeit, die Miliz einzuführen zu können, aus jeder bis auf den heutigen Tag überzeugt gewesen sind. Von den heutigen sozialdemokratischen Hörern ist es in erster Linie Max Schäppel, der Unabhängigkeitsergebnis hat, die Miliz-Idee öffentlich absurdum proklamiert. In dem „Sozialdemokratischen Monatsschriften“, wie in der „Neuen Zeit“ hat er 1899 eine Anzahl von Artikeln über diese Idee veröffentlicht. Aber innerhalb der Sozialdemokratie hat es noch eine unerträglich höhere Autorität als Schäppel gegeben, die die Notwendigkeit der stehenden Heere für die befreiten Staaten durchaus anerkannt, von der Miliz-Idee gar nichts gehalten und sogar der liberalen Opposition gegenüber der Herrenorganisation in der Konsolidierung der jüngster Jahre wegen ihres antiliberalistischen Verbands der schweren Vorwerke gemacht hat. Diese sozialdemokratische Autorität ersten Ranges ist Friedrich Engels, der einzige Sozialdemokrat, der sich außerstaatlich eingebettet und nicht ohne Verständnis mit militärischen Fragen beschäftigt hat. Wir geben aus Engels’ wenigen Schriften ein paar Zitate, die wir Artikeln aus dem Jahrgang 1899 der „Neuen Zeit“ entnahmen.

„Sie für einen Großkrieg erforderliche Armeestärke rückt sich nicht nach der größeren oder geringeren Anzahl an Staatenreihen wie bekanntlich die Bebel und „Röde-Ztg.“ immer behaupten. Kam-

b. Red.), sondern nach der Größe der Armeen der anderen Großstaaten. Hat man II gelegt, so muss man auch II legen. Nun ist man ein Mandat als preußischer Abgeordneter an, schreibt man Preußens Größe und europäische Machstellung auf seine Fahne, so muss man auch gestimmt haben, dass die Macht hergestellt werden, ohne welche von Preußens Größe und Machstellung keine Rede sein kann. Unter den erwähnten Umständen steht man (den Reichstagswahlen) nicht böig, als die Konsolidierung in der einen oder anderen Form schlecht doch angeworben und ihre Bedenken wegen Staatsstreichen für sich zu erhalten.“

So Engels schon im Jahre 1893. Und noch im Jahre 1895 hat Friedrich Engels geschrieben:

„Viele Städte und gebundene Heer liegen sich ein Paar und treiben. Wenn Frankreich und Deutschland überstürzen, ihre Armeen allmählich in Willkür mit gleich langer Nutzung zu verwenden, so wäre die Sache knapp.... Aber wegen der inneren Verhältnisse kann man kein Heer und Deutschland so nicht lassen, und wenn sie es tunnen, so gehts wegen Eishügeln nicht. Und daran scheitert die ganze Militärgeschichte.“

Max Schäppel, der jetzt eben wieder in Chemnitz gewählte sozialdemokratische Abgeordnete, zieht voran den Schluss: „Das ist wohl die künftige Abteilung, die man sich denken kann, und sie ist nicht einmal der Form nach eine höchst vernünftige, wie man sie doch begegnen, alten, kleinbürgerlich-demokratischen Idealen sonst gern erweist.“ Und ferner stellt Schäppel fest: „Engels hat für die Regierung nicht recht an die Verantwortung zum Militär-Systeme gebracht.“ Aber trotzdem werden wir im neuen Reichstage, wenn eine neue Militärvorlage kommt, wieder eine Rede Bebels zu gunsten des Militär-Systems hören; die überzeugen Genossen werden schwören und trocken der Maunzen von Engels, die Mittel zu getroffen, ohne die von Preußens Größe und Machstellung keine Rede sein könne, samt Herrn Schäppel gegen die Vorlage stimmen. Wer sich etwa gegen den Willen der Hörer ausdrücken wollte, würde eben „hinanfliegen.“

Das Chamberlainische Reichsverfassungsprojekt

hat den Vertretern derjenigen wirtschaftlichen Kreise Englands, die in Deutschland ihren nächsten und gefährlichsten Rivalen sehen, eine willkommen Gelegenheit, in Parlament und in der Presse wieder einmal gegen Deutschland Stimmen zu machen. Zu diesem Zwecke sprach man von deutschen Übergriffen, die sich vorläufig nur gegen eine der selbständigen Kolonien richteten, später aber auf das ganze Reichsgebiet, das Mutterland nicht ausgenommen, ausgedehnt werden würden, und die daher mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden müssten. So hatte es das Anschein, als sollte sich die Frage eines engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusses Englands und seiner Kolonien zu einer deutschstämmigen Aktion großen Stiles ausspielen, zu einer gegen und in erster Linie gegen Deutschland wirtschaftlichen Auseinandersetzung, zu der das Deutsche Reich ohne Not den Anlass geboten, und deren Folge es daher durch eine Verlängerung der deutsch-englischen Beziehungen zuerst und zumeist zu tragen hätte. Dieser durchaus irrtigen und tendenziösen Auffassung der Sachlage hat der britische Kolonialsekretär selbst eine ungünstige Widerlegung zu teil werden lassen müssen, indem er erklärt, dass Deutschland

in voller Ausübung seines Rechtes gehandelt habe, als es Canada in kolonialpolitischer Hinsicht als Mitglied des britischen Reiches nicht anerkannte, vielmehr es dem Schema der Tarifbestimmungen unterwarf, die anlässlich der Vorzugsbehandlung Englands durch Kanada als eines in handelspolitischen Fragen anerkanntesten selbständigen Staates geboten waren. Diese Erklärung unterscheidet sich nach Ton und Inhalt in sehr erfreulicher Weise von der seitlich beobachteten Stellungnahme des autoritären Mitglieds der britischen Regierung, aus dessen Munde bei der Annahme der neuen handelspolitischen Maßnahmen das Wort fiel, das Deutschland in einer Klemme gefangen werden könnte. Aehnlich sprach sich auch in der geistigen Stützung des Oberhauses, über die wir an anderer Stelle berichten, der Minister des Reichs, Lord Lansdowne, aus. Wenn aber diese erfreuliche Wendung zum Besten eingetreten ist, wenn sie die Grundbildung eines modus vivendi in höhere Aussicht stellt, so ist dies der klaren, sachlichen, die Verhältnisse fühlend abwägenden Haltung der deutschen Regierung zu danken, die es vermieden hat, sofort Gegenmaßregeln einzutragen, die lassen zu lassen. Sowohl für die Vereinfachung der Reichsverfassungsbestrebungen in England selbst, wie auch für das vorausichtliche Ergebnis des geplanten Wechsels der Politik sollte es nicht gleichgültig sein, dass das Königreich in die Angelegenheit hineingetragene Moment des Chauvinismus gegen Deutschland jetzt wieder ausgeschieden werden soll.

Der Dynastiewechsel in Serbien.

England hat seine zurückhaltende Stellung den neuen Machthabern in Serbien gegenüber noch nicht aufgegeben und dieselbe noch dadurch verstärkt, das bei dem feierlichen Thronwechselfest der britische Botschafter nicht anwesend sein wird. Die Angelegenheit kam gestern im Oberhaus zur Sprache, worüber uns berichtet wird:

* London, 19. Juni. Oberhaus (Berichtung). Der Minister des Auswärtigen Monarchie von Luxemburg definiert in der Antwort auf eine Anfrage betreffend Serbiens neuen König vor den Ereignissen auf, welche Begehr gründlich haben und legt, die späteren Nachrichten verhinderten diesen Wunsch nicht. Ein Vorschlag zu einem gemeinsamen Vorgehen der Mächte ist gegen auf die neue britische Regierung bei der englischen Regierung nicht gemacht worden; ob gleicher auch nicht. Mit dem Minister fort, dass ein solcher Vorschlag von uns mit keinen anderen Mächten gemacht werden könnte. Was die diplomatischen Beziehungen betrifft, so liegt unser Gedanke nicht fern, mit den zu den jüngsten Ereignissen beteiligten Personen die gewöhnlichen Beziehungen weiter aufrecht zu erhalten. Wir hatten uns den Wunsch, dass der englische Botschafter in Belgrad bleibe, um die englischen Interessen weiterzunehmen und dem Gang der Ereignisse aufmerksam zu folgen, aber es ist angezeigt worden, seinen Befehl mit den Verhältnissen hier auf das zu beschließen, was zu diesem Zweck notwendig ist und zugleich darauf zu achten, nichts zu tun, was als unmäßige Interferenz oder vorläufige Regierung ausgelöst werden könnte, denn Besitz der Macht und der Einfluss der Mächte ist nicht gleichbedeutend. Ein Vorschlag, der die englischen Interessen weiter aufrecht zu erhalten, ist daher durch eine Verlängerung der deutsch-englischen Beziehungen zu erster und zweiter zu tragen hätte. Dieser durchaus irrtigen und tendenziösen Auffassung der Sachlage hat der britische Kolonialsekretär selbst eine ungünstige Widerlegung zu teil werden lassen müssen, indem er erklärt, dass Deutschland

Hand, da sich ihm jetzt zum ersten Mal die Gelegenheit bot, mich begreifen zu können.

„Greue mich mächtig, Gott bedeck wiederzusehen“, sagte er mit aufrichtiger Herzlichkeit, indem er uns von oben bis unten musterte. „Die andern sind wohl an Bord des „Sovereign“ geblieben?“

„Denten Sie doch“, fiel Trunnell ein, „die Sterb lagten mit beiden ins Bett, ich wäre nicht der richtige Lepper Thompson, ich hätte mir diesen Namen und den Kapitänsrang förmlich angemietet, als wir damals in Melbourne bekannt geworden sind, das Kapitän Thompson lag nicht rechtzeitig an Bord eingestellt hatte. Hol mich der Teufel, Trunnell, ich fürchte, wir müssen die Narren in China legen!“

Trunnell lächelte. „Das ist ja merkwürdig“, sagte er. „Kommen Sie in die Kajüte, Rollin, und erzählen Sie, was Sie zu erzählen haben. Wir könnten misstrauen, Tschips, Guss wird ein rechtshafter Schind auch nicht zuwidern kann. Es ist mir leid, dass in Ihren Köpfen ein paar Schrauben lose geworden sind. Aber wir werden's bald wieder in Ordnung bringen. Ihnen wieder vollbrachten lassen, Lepper Thompson. Das Boot ist binnenwärts und schwarz.“

Dann schreibt der kleine buschläufige Mann uns voraus über das Quartierdeck, die Treppe zum Decksaal hinab und hinein in die Vorkajüte, wofür der Steward schon auf uns wartete, um uns nun auch seinerseits herzlich willkommen zu heißen und sodann mit Grog und allerlei guten Bissen zu laden.

Während des Essens berichteten wir unsere Erlebnisse. Tschips lauschte mit gespannter Aufmerksamkeit und innerer Aufregung; als er die Untoten Andrews' vernahm, kramte er hastig den zottigen Kopf, und als wir ihm sagten, weshwegen ihm am Bord des „Pirat“ getötet worden war, da sprang er auf und lief vor sich hinbrummend und den Kopf wiegend lange auf und ab.

„Was hat der einzige, der um die Sache wachte?“ fragte er endlich.

Wir bejahten dies und wiederholten, dass auch Tschips und mir niemand ungewesen sei, als der Detektiv und seine Erfahrungen möchte.

Trunnell sauste sich wieder, und während wir unter Blöhl beendeten, kramte er zum und grubend vor sich hin. Als Tschips ihn jedoch anforderte, nahm das Kommando in seine Hände zu nehmen, da erhob er sich und stellte sich breitbeinig vor uns auf.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Sonnabend den 20. Juni 1903.

Anzeigen-Preis

die Geprägten Zeitlige 25 Pf.

Kleinanzeigen unter dem Nebenkostenstrich
(geprägt) 25 Pf. von den Kleinanzeigen
(geprägt) 50 Pf.

Tabellarischen und Differenz entsprechend
höher. — Gebühren für Anzeigen und
Offizienannahme 25 Pf. (excl. Porto).

Extra-Billagen (geprägt), nur mit der
Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung
40 Pf., mit Postbeförderung 40 Pf.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind jetzt an die Expedition
zu richten.

Die Expedition ist momentan ausgesetzt
geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Versand und Verlag von C. Volz in Leipzig.

97. Jahrgang.

1890
1891
1892
1893
1894
1895
1896
1897
1898
1899
1900
1901
1902
1903
1904
1905
1906
1907
1908
1909
1910
1911
1912
1913
1914
1915
1916
1917
1918
1919
1920
1921
1922
1923
1924
1925
1926
1927
1928
1929
1930
1931
1932
1933
1934
1935
1936
1937
1938
1939
1940
1941
1942
1943
1944
1945
1946
1947
1948
1949
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025
2026
2027
2028
2029
2030
2031
2032
2033
2034
2035
2036
2037
2038
2039
2040
2041
2042
2043
2044
2045
2046
2047
2048
2049
2050
2051
2052
2053
2054
2055
2056
2057
2058
2059
2060
2061
2062
2063
2064
2065
2066
2067
2068
2069
2070
2071
2072
2073

